

Bilanzpressekonferenz

8. März 2021

Es gilt das gesprochene Wort!

Ausführungen von

Gerhard Grandke

**Geschäftsführender Präsident des
Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen**

- I. Einführung**
- II. Geschäftsentwicklung der Sparkassen**
- III. Weitere Entwicklung**
- IV. Fazit**

I. Einführung

Herzlich willkommen zu unserer Bilanzpressekonferenz. Das Jahr 2020, das im Mittelpunkt meines Berichts steht, war ein Jahr, wie wir es noch nicht erlebt haben. Bei unserem letzten Treffen im Februar war die Welt noch in Ordnung. Das Corona-Virus rückte zwar immer näher und es gab auch in Deutschland die ersten Krankheitsfälle. Kaum einer hat aber damals damit gerechnet, dass nur wenig später die Epidemiologie Wirtschaft und Gesellschaft fest im Griff halten würde.

Der erste Shutdown im Frühjahr 2020 war auch für unsere Sparkassen nicht leicht. Wie hätte es anders sein sollen – auch wir hatten mit so etwas ja keine Erfahrungen. Gleichwohl hat die Umstellung auf den Krisenbetrieb in den einzelnen Häusern hervorragend geklappt und ist jetzt im Folge-Shutdown fast schon zur Routine geworden.

II. Geschäftsentwicklung der Sparkassen

Auch in den Geschäftszahlen der Sparkassen in Hessen und Thüringen hat sich Corona 2020 niedergeschlagen. Bei den Beständen war ein positives Paradoxon zu beobachten: Obwohl das Wirtschaftsleben in vielen Branchen und Bereichen zeitweise zum Erliegen kam oder zumindest erlahmte, zeichnete sich das Kundengeschäft unserer Sparkassen durch hohe, überdurchschnittliche Wachstumsraten aus.

Auf der Ertragsseite hat das Virus dagegen einen negativen Trend verstärkt. Um die Verwerfungen der Corona-Krise abzumildern, drückt die Europäische Zentralbank (EZB) bei ihrer Geldpolitik noch stärker aufs Gaspedal. Corona trägt also dazu bei, das schon lange anhaltende niedrige Zinsniveau zu zementieren – mit den entsprechenden Folgen für die Gewinn- und Verlustrechnung der Banken und Sparkassen. Allerdings – so viel kann ich an dieser Stelle schon sagen – haben die Mitgliedsinstitute unseres Verbandes trotz der äußerst widrigen Umstände 2020 ein noch zufriedenstellendes Betriebsergebnis erzielt.

Bilanzsumme macht dank starkem Kundengeschäft großen Sprung

Die Bilanzsumme unserer Sparkassen hat im letzten Jahr einen ordentlichen Sprung gemacht. Sie wuchs zum 31. Dezember 2020 insgesamt um 13,5 Mrd. Euro bzw. 10,2% auf 145,6 Mrd. Euro. Das Plus fällt damit doppelt so hoch aus wie im Vorjahr.

Auf der Aktivseite konnten die Institute im Berichtsjahr im Kreditgeschäft mit Kunden an der überdurchschnittlich hohen Wachstumsrate von 2019 anknüpfen. Ihr Kreditbestand legte insgesamt um 4,6 Mrd. Euro bzw. 5,8% zu (2019: +5,7%).

Als besonders dynamisch erwies sich einmal mehr das Firmenkundenkreditgeschäft. Dort gingen die Bestände um 2,4 Mrd. Euro bzw. 6,1% nach oben. Das war zwar etwas niedriger

als der Rekordzuwachs von gut 8% im Jahr 2019. Allerdings ist auch dieses Kreditwachstum bemerkenswert. Schließlich hat sich die deutsche Wirtschaft 2020 coronabedingt insgesamt im Krebsgang bewegt: Das Bruttoinlandsprodukt ging um 5,0% zurück. Die Exporte brachen um über 9% ein. Bei den Bruttoanlageinvestitionen war mit -3,5% die dickste Delle seit der Weltfinanzkrise zu verzeichnen. Und auch die Zahl der Erwerbstätigen sank zum ersten Mal seit 14 Jahren wieder.

Schrumpfende Realwirtschaft, expansives Kreditgeschäft – wie passt das zusammen? Zum einen hatten natürlich viele Kunden gerade im Dienstleistungssektor ad hoc einen hohen Liquiditäts- und Finanzierungsbedarf. Dieser Bereich war von den temporären Schließungen besonders betroffen. Das erklärt aber bei weitem nicht alles. Vielmehr haben unsere Sparkassen in der Krise vom sehr breiten Branchenmix profitiert, der ihr Kundenportfolio auszeichnet. Insbesondere in der gewerblichen Produktion und im Handwerk gibt es viele Betriebe, die auch in diesen unsicheren Zeiten sehr gut ausgelastet sind und ins Geschäft investieren.

Kreditzuwächse keine Corona-Scheinblüte, sondern nachhaltiges Geschäft

Dass es sich bei diesen Kreditzuwächsen nicht um eine Corona-Scheinblüte, sondern um geerdetes, nachhaltiges Geschäft handelt, verdeutlicht ein Blick auf die Neuabschlüsse unserer Sparkassen mit Unternehmen und Selbstständigen. 95% der 2020 neu ausgezahlten oder zugesagten Mittel entfallen auf Darlehen mit mittel- bis langfristigen Laufzeiten, zu denen die Investitionskredite zählen. Lediglich 5% haben kurze Fristen.

Im Neukreditgeschäft haben die Sparkassen in Hessen und Thüringen 2020 kräftige Zuwächse verbucht. Sie konnten ihre Darlehenszusagen und -auszahlungen um jeweils gut 12% auf 16,7 Mrd. Euro bzw. 15,3 Mrd. Euro erhöhen. Im Firmenkundensegment lag das Plus bei über 13% bzw. knapp 11%. Insgesamt haben unsere Institute dort auf Jahressicht 8,6 Mrd. Euro an neuen Darlehen zugesagt bzw. 7,8 Mrd. Euro ausgezahlt. Darüber hinaus haben sie öffentliche Corona-Kredite von rund 850 Mio. Euro an Unternehmen durchgeleitet. Diese Relationen unterstreichen ganz deutlich, dass unsere Sparkassen im Kreditgeschäft selbst in die Bütt gegangen sind. Sie haben die Kredite und damit auch die Risiken ganz überwiegend in die eigenen Bücher genommen.

Auch in den anderen Kreditsegmenten sind die Bestände 2020 bei unseren Sparkassen deutlich gestiegen: bei den öffentlichen Haushalten um 204 Mio. Euro bzw. 5,3%, bei den Privaten um 1,9 Mrd. Euro bzw. 5,6%. Bei den letztgenannten waren wie in den Vorjahren die Wohnungsbaukredite die Treiber der Hausse. Dort gingen die Bestände um 2,1 Mrd. Euro bzw. 6,9% nach oben.

Corona hat also der hohen Nachfrage nach Wohneigentum nicht geschadet, die von den niedrigen Zinsen und seit neuestem wohl auch vom Trend zum mobilen Arbeiten gespeist wird. Wermutstropfen sind und bleiben allerdings die stetig steigenden Baukosten und Immobilienpreise, die sich gegenüber dem Corona-Virus ebenfalls als immun erweisen.

In den Städten können sich Normalverdiener inzwischen praktisch kein Wohneigentum mehr leisten. Und leider breiten sich die Preissteigerungen jetzt wie ein Ölfilm auf Wasser in andere Gebiete aus. Laut Statistischem Bundesamt haben sich im 3. Quartal 2020 die Preise für Ein- und Zweifamilienhäuser selbst in dünn besiedelten Landkreisen um über 8% gegenüber dem Vorjahreswert erhöht. Der Nachfrage nach Wohneigentum wird aber auch das wahrscheinlich grundsätzlich keinen Abbruch tun.

Unfreiwilliges Sparen treibt Kundeneinlagen

Auf der Passivseite ging das hohe Bilanzsummenwachstum unserer Sparkassen vor allem auf das Konto der Kundeneinlagen. Sie sind um 8,6 Mrd. Euro bzw. 8,2% gestiegen. 2019 lag der Zuwachs nur halb so hoch. Man kann hier also schon von einer Flutung oder – passender – von einem Rückstau sprechen. Wegen Corona und der damit verbundenen Einschränkungen gab es nämlich nur wenig Gelegenheit, Geld auszugeben. Viele Menschen mussten ihre Reisen stornieren oder stellten größere Anschaffungen zurück. Die Sparquote ist in Deutschland im vergangenen Jahr auf über 16% gestiegen. Teilweise lag sie bei 21%. Das sind Werte, die wir früher nur aus China kannten!

Durch dieses unfreiwillige Sparen wurde auch der Trend zur kurzfristigen Anlage verfestigt. Die Kunden legen ihr Geld vorzugsweise nicht auf die ganz hohe Kante. Sie halten es lieber dort, wo sie schnell rankommen: auf Tagesgeldkonten. Denn da haben sie es sofort parat, wenn die stationäre Konsumwelt wieder öffnet bzw. das Reisen im großen Stil möglich sein wird. Die bei unseren Sparkassen angelegten Täglich fälligen Gelder sind 2020 um 13,0% gestiegen. Wenig gefragt waren Termingelder (-22,8%), Eigenemissionen (-12,6%) und Spareinlagen (-2,4%).

Ich habe die Hoffnung, dass sich nach Bewältigung der Pandemie der Rückstau bei den Einlagen wieder sukzessive auflösen wird. Das wäre nicht nur der Konjunktur zu wünschen, sondern auch unseren Sparkassen. Denn eines ist klar: In einer normalen Zinswelt wären die hohen Zuflüsse eine schöne Sache. Bei Zinsen unterhalb der Grasnarbe stellen sie aber für die Institute eine Belastung dar.

Hohe Volatilität schreckt Kunden nicht vom Wertpapiergeschäft ab

Die fehlenden Einlagenzinsen sorgen dafür, dass immer mehr Sparkassenkunden das Wertpapiergeschäft entdecken. Daran hat auch die hohe Volatilität der Börsenwerte im

vergangenen Jahr nichts geändert. Am 2. Januar 2020 hatte der DAX bei gut 13.200 Punkten eröffnet. In der Hochphase der Pandemie, im März, brach er auf 8.500 Punkte ein, um dann mit knapp 13.800 Punkten mit einem Höchstwert aus dem Jahr zu gehen. Wer gute Nerven hatte und die Tiefstände bei den Kursen als Einstieg nutzte, konnte hier schöne Kursgewinne erzielen.

Die Wertpapierkäufe unserer Sparkassenkunden erhöhten sich 2020 um 25,9% auf 8,6 Mrd. Euro. Der Fokus lag eindeutig bei Aktien und Investmentfonds. Auch die Wertpapierverkäufe legten zu, um 18,1%. Der Nettoabsatz als Saldo von Käufen und Verkäufen verbesserte sich um etwa zwei Drittel auf 1,8 Mrd. Euro.

Das Wertpapiergeschäft wird künftig für die Geldvermögensbildung unserer Kunden immer wichtiger werden. Denn ohne Aktien und Co. lassen sich heute kaum noch vernünftige Renditen erzielen. Es ist deshalb gut, dass sich die EU-Kommission, das EU-Parlament und der Europäische Rat im Dezember auf das Maßnahmenpaket MiFID quick fix geeinigt haben, das das Wertpapiergeschäft deutlich kundenfreundlicher gestalten wird. Ab 2022 sollen alle MiFID-relevanten Informationen möglichst elektronisch an die Kunden gehen und nicht mehr in Papierform. Wir hatten Ihnen vor ein paar Jahren mal bei einer Pressekonferenz die kundenrelevanten MiFID-Stapel zur Veranschaulichung mitgebracht. Es ist gut, dass diese Versündigung am Wald endlich ein Ende hat. Und es wird auch die Sparkassen bei den Kosten und die Kunden bei der Bürokratie entlasten.

Sparkassen stärken Eigenmittel weiter

Trotz der schwierigen gesamtwirtschaftlichen Lage haben die Sparkassen in Hessen und Thüringen auch 2020 wieder ihre Eigenkapitalausstattung verbessern können. Die Eigenmittel stiegen um 3,9 % auf 13,7 Mrd. Euro an. Davon entfielen 12,7 Mrd. Euro auf das Kernkapital. Zum 31. Dezember 2020 lag die Gesamtkapitalquote bei 19,9 % und die Kernkapitalquote bei 18,5 %. Unsere Sparkassen sind also sehr gut kapitalisiert. Das ist in Krisenzeiten, wie wir sie gerade erleben, sehr hilfreich. Es macht uns stark und stabil.

Damit komme ich zur Ertragsentwicklung. Bei den beiden zentralen Ertragssäulen der Sparkassen hat sich 2020 am Trend der Vorjahre nichts Wesentliches geändert. Der Zinsüberschuss ist erneut gesunken, nämlich um 92 Mio. Euro bzw. 4,4% auf etwa 2,0 Mrd. Euro. In diesem Minus spiegelt sich auch das faktische Ausschüttungsverbot der EZB wider, das die Sparkassen in Hessen und Thüringen wegen ihrer maßgeblichen Beteiligungsquote an der Landesbank Hessen-Thüringen und der DekaBank besonders stark trifft. Der Provisionsüberschuss ist dagegen wieder gestiegen. Er hat sich um 28 Mio. Euro bzw. 3,4% auf 846 Mio. Euro verbessert.

Für Entlastung hat 2020 auch die Entwicklung beim Verwaltungsaufwand gesorgt. Er reduzierte sich um 43 Mio. Euro bzw. 2,1% auf knapp 2 Mrd. Euro. Der Sachaufwand ging dabei mit 3,6% etwas stärker als der Personalaufwand zurück (-1,2%). Der Rückgang zeigt, dass die Sparkassen hart und erfolgreich daran arbeiten, ihre Kosten zu senken.

Betriebsergebnis vor Bewertung sinkt nur moderat

In der Summe ist das Betriebsergebnis vor Bewertung moderat um 22 Mio. Euro bzw. 2,4% auf knapp 900 Mio. Euro gesunken. Das ist in diesen schwierigen Zeiten ein überraschend gutes Ergebnis. Es unterstreicht, dass das System Sparkasse im Krisenbetrieb auch auf der Ertragsseite resilient ist. Die Sparkassen haben einen Teil des Betriebsergebnisses wieder in die Dotierung ihrer Vorsorgereserven gesteckt. Der Betrag fiel mit 166 Mio. Euro zwar niedriger aus als 2019 (377 Mio. Euro). Es ist aber gut, dass wir unser Eigenkapital auch in dieser schwierigen Zeit stärken, soweit das möglich ist.

Das Betriebsergebnis nach Bewertung ist 2020 bei 733 Mio. Euro ausgelaufen. Das sind 190 Mio. Euro bzw. 20,6% weniger als im Vorjahr. Für dieses Minus zeichnete insbesondere das Bewertungsergebnis im Wertpapierbereich verantwortlich. Hatten die Sparkassen dort 2019 noch von Zuschreibungen von 60 Mio. Euro profitiert, schlugen diesmal Abschreibungen von 85 Mio. Euro zu Buche.

Ergebnismindernd hat sich auch ausgewirkt, dass unsere Institute ihre Risikovorsorge im Kreditbereich 2020 erhöht haben. Sie lag mit 80 Mio. Euro knapp doppelt so hoch wie im Vorjahr (47 Mio. Euro). Getreu der Devise „Vorbeugen ist besser als heilen“ halte ich das für die richtige Strategie. Zwar lag die Zahl der Insolvenzen letztes Jahr so niedrig wie seit der Einführung der Insolvenzordnung im Jahre 1999 nicht mehr. Das ist jedoch keine große Überraschung, standen doch nicht geringe Teile der Wirtschaft im Shutdown unter staatlichem Schutz und Schirm. Hier sind das Kurzarbeitergeld, die direkten Finanzhilfen, die öffentlichen Corona-Kredite und nicht zuletzt auch die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht zu nennen, die inzwischen bis Ende April verlängert worden ist.

Kreditausfälle durch Insolvenzen werden beherrschbar bleiben

All das hat sich in der Krise bewährt und einen Crash verhindert. Gleichwohl ist davon auszugehen, dass es zu mehr Insolvenzen und damit auch zu Kreditausfällen bei Banken und Sparkassen kommen wird, wenn der Staat seinen Schutzschirm irgendwann wieder zuklappt. Das wird aber voraussichtlich erst dann der Fall sein, wenn die pandemiebedingten Restriktionen für die Unternehmen spürbar gelockert werden. Dann aber besteht die Hoffnung, dass viele Firmen trotz aller Schwierigkeiten wieder aufs Erfolgsgleis zurückfinden. Denn für die meisten Branchen stellt die Corona-Pandemie mit

ihren Folgen ja keine endogene Krise ihres Geschäftsmodells dar. Sie ist vielmehr ein exogenes Großereignis, das hoffentlich bald wieder vergeht.

Ich gehe deshalb davon aus, dass es im laufenden Jahr zu mehr Insolvenzen und Kreditausfällen kommen wird. Derzeit gibt es aber keine Anzeichen dafür, dass dies für unsere Sparkassen in Hessen und Thüringen nicht beherrschbar sein sollte.

Nach Steuerzahlungen von 200 Mio. Euro und der Zuführung zu den Reserven lag das Jahresergebnis unserer Sparkassen 2020 mit einem Betrag von 223 Mio. Euro um 7,6% niedriger als im Vorjahr.

III. Weitere Entwicklung

Wie sieht nun die nahe Zukunft aus? Bei Prognosen ist das derzeit ein bisschen wie bei der Reise ans Ende der Nacht: Es wird zwar etwas heller, aber furchtbar viel ist noch nicht zu erkennen. Die Corona-Krise wird uns noch länger beschäftigen. Wir sind mittendrin und sie wird sich auch in den nächsten Wochen und Monaten nicht einfach auflösen.

Je länger der Shutdown dauert, umso schlechter wird die Erholungsperspektive der Wirtschaft in diesem Jahr und umso gedrückter die Stimmung bei Unternehmen und Verbrauchern. Auf der anderen Seite machen die Entwicklung des Impfstoffs und die bald wieder steigenden Temperaturen Hoffnung, dass wir vielleicht doch in absehbarer Zeit wieder halbwegs in unser gewohntes Leben zurückkehren können und die Wirtschaft den zweiten Shutdown genauso gut übersteht wie den ersten.

Die meisten Experten gehen davon aus, dass die deutsche Wirtschaft im laufenden Jahr zwischen 3 und 4% wachsen wird – falls es keine bösen Überraschungen gibt. Schließlich ist die Corona-Pandemie mit ihren Folgen nicht der einzige Unsicherheitsfaktor. Auch die schon länger anhaltenden Großrisiken wie der Brexit oder der US-chinesische Handelskonflikt sind ja nicht verschwunden.

Das Gespenst des Brexits hat sich inzwischen materialisiert. Nach dem erreichten Deal sieht es nicht ganz so schrecklich aus wie befürchtet. Ob in den USA mit Herrn Biden und Frau Harris neue Männer und Frauen neue Politik machen und vielleicht sogar eine Renaissance des Freihandels erfolgt, wird man sehen. Es bleibt zu hoffen. Optimistisch stimmt, dass China als Konjunkturlokomotive jetzt wieder in der Spur ist und die Weltwirtschaft stützt. Das sind gute Nachrichten für den deutschen Export.

Was die Sparkassen anbelangt, wird die Entwicklung im Kundengeschäft natürlich vom weiteren Verlauf der Pandemie und der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abhängen. Die

Substanz der deutschen Wirtschaft ist intakt. Ich bin deshalb überzeugt, dass sie nach dem Ende des Shutdowns schnell wieder auf den Wachstumspfad zurückkehren wird. Wir werden dann beim Konsum und den Investitionen erhebliche Nachholaktivitäten erleben.

Mittelfristig wird das die Einlagenbestände der Sparkassen entlasten. Es wird aber auch dazu führen, dass die Nachfrage bei den Krediten hoch bleibt. Das gilt für die Immobilienfinanzierungen, aber auch fürs Firmenkundengeschäft. Das vergangene Jahr hat unter Beweis gestellt, dass die Masse unserer Unternehmenskunden durch die Corona-Krise nicht dauerhaft ausgebremst wird. Im Gegenteil: Viele Firmen investieren weiter und brauchen dafür Kredite von uns. Andere, die jetzt im Zwangsstopp sind, werden sicher wieder aktiv werden, wenn ihr Geschäft anspringt. Eines ist aber auch klar: Bei der Vergabe neuer Kredite ist Wachstum für uns kein Selbstzweck. Die Risiken müssen auch ins Konzept passen.

Verhalten bleiben die Aussichten auf der Ertragsseite der Sparkassen. Die Auswirkungen von Corona sind für uns verkraftbar. Durch die Pandemie sind aber Herausforderungen wie die Niedrigzinsphase, die Überregulierung und die Digitalisierung nicht von unserer Agenda verschwunden. Sie belasten uns schon länger und werden nun zum Teil durch Corona noch verstärkt.

Hoffen auf Zinswende ist utopisch

Das gilt vor allem für die Zinsen. Sie wissen, dass mich dieses Thema besonders umtreibt. Ganz ersparen werde ich es Ihnen auch heute nicht. Was das Zinsniveau angeht, leben Banken und Sparer schon seit Jahren in der Welt des Schmerzes. Und diese Welt des Schmerzes wird noch lange anhalten. Die Zinsen werden auf unabsehbare Zeit niedrig bleiben. Das Hoffen auf eine Zinserhöhung ist spätestens mit der Corona-Krise utopisch geworden. Hier gilt übertragen der Satz von Adorno: „Die Bitte um das tägliche Brot macht Sinn in einer bäuerlichen Welt, aber nicht angesichts von Brotfabriken.“

Und die EZB-Niedrigzinsfabrik produziert unermüdlich weiter. Vor kurzem hat der EZB-Chefvolkswirt Lane festgestellt, dass die Leitzinsen im Euroraum noch nicht die Untergrenze erreicht hätten. Es gebe noch Raum für weitere Kürzungen. Das sind schöne Aussichten!

Der EZB-Negativzins belastet die Kreditwirtschaft schon heute immens. Problematisch sind vor allem die diversen Anleihekaufprogramme der EZB, die wegen der Corona-Krise gerade mal wieder aufgestockt wurden. Auch hier ist kein Ende in Sicht – im Gegenteil: Gerade erst hat die EZB angekündigt, dass sie einen – wie auch immer definierten – zu starken Anstieg der in Bewegung geratenen Kapitalmarktrenditen eingrenzen werde.

Durch die Massenaufkäufe von Anleihen stehen Banken und Sparkassen immer weniger Anlagemöglichkeiten offen, die gleichzeitig sicher und rentabel sind. Das ist wiederum vor allem für einlagenstarke Institute ein Problem.

Die EZB-Politik der offenen Schleusen wirkt sich aber nicht nur auf die Kreditwirtschaft negativ aus. Es ist wahnsinnig viel Liquidität in den Märkten. Seit 2015 ist das Volumen des Zentralbankgeldes im Euroraum um 260% gestiegen. Gleichzeitig hat sich das BIP dort lediglich um rund 10% erhöht. Dass gleichwohl von einer Verbraucherpreisinflation derzeit noch wenig zu sehen ist, hat vor allem einen Grund: Praktisch alle Wirtschaftssubjekte horten wegen der coronabedingten Unsicherheit weite Teile dieser Zusatzliquidität und halten sich vor allem beim Konsum zurück.

Hohe Inflation bei Vermögenswerten

Das bedeutet allerdings nicht, dass es derzeit überhaupt keine Inflation gibt. Auch für monetäre Liquidität gilt die alte Weisheit: „Wasser sucht sich seinen Weg.“ Wir erleben jetzt schon seit längerem, dass viel überschüssiges Geld in Vermögenswerte wie Immobilien, Aktien, Edelmetalle, Alkoholraritäten, alte und neue Meister und sonstige Preziosen strömt. In diesem Segment gehen die Preise längst durch die Decke.

Das gilt auch für die Kryptowährung Bitcoin. Vor kurzem hat Tesla-Chef Musk 1,5 Mrd. US-Dollar in Bitcoins investiert. Der Kurs sprang daraufhin innerhalb von Minuten um 15% auf den inzwischen schon wieder überholten Rekordwert von rund 45.000 US-Dollar. Genauso schnell kann es allerdings auch wieder nach unten gehen, falls Herr Musk irgendwann das Interesse an diesem Investment verlieren sollte. Bei Bitcoin bedarf es keines Flashmobs von Kleinanlegern, um den Kurs in Bewegung zu setzen. Der gehobene oder gesenkte Daumen eines Einzelnen reicht offenbar aus. Bitcoin ist eben keine Währung, sondern ein reines Spekulationsobjekt. Und die im Überfluss vorhandene Liquidität macht seinen Erfolg gerade zur self-fulfilling prophecy.

Die ultraexpansive Geldpolitik der Notenbanken richtet langfristig in der Verteilungswirkung gravierende gesellschaftliche Verwerfungen an. Denn wer profitiert denn von dieser Vermögenspreisinflation, die durch die Geldschwemme der Notenbanken forciert wird?

Es sind die Reichen, die sich Immobilien, Gold und Spekulationsobjekte leisten können. Es sind die Vermögenden, die mühelos von den jährlichen Wertsteigerungen profitieren. Wer schon hat, bekommt noch mehr. Die anderen schauen in die Röhre und können sich in manchen Regionen nicht einmal mehr eine Eigentumswohnung, geschweige denn ein

kleines Häuschen leisten. Das ist eine Entwicklung, die ich mit Sorge sehe. Sie kann dazu führen, dass die Geldpolitik die Akzeptanz in der Bevölkerung verliert. Dafür gibt es bereits die ersten Anzeichen. So hat bei einer Umfrage der EZB bei Menschen im Euroraum mehr als die Hälfte der Befragten Kritik an den niedrigen Zinsen geäußert – im Euroraum wohl gemerkt, nicht nur in Deutschland!

Regulierung: Verschärfung bei notleidenden Krediten kann in Krise prozyklisch wirken

Die Corona-Pandemie hat zugleich die Tücken einer verschärften Regulatorik gnadenlos offengelegt. Es ist nämlich genau das passiert, wovor wir seit langem warnen. In einer Krise wirken bestimmte regulatorische Elemente prozyklisch und damit als Brandbeschleuniger.

Wenn zum Beispiel notleidende Risikopositionen tatsächlich wie geplant schneller von den kreditwirtschaftlichen Eigenmitteln abgezogen werden müssen, kann das volkswirtschaftlich krisenverschärfend wirken. Denn das schränkt die Möglichkeiten der Institute zur Kreditvergabe ein und erschwert diese.

Die geplanten Verschärfungen funktionieren somit in Schönwetterzeiten, nicht aber in einer Krise, die manchmal von heute auf morgen kommen kann – und zwar flächendeckend. Das hat Corona gerade eindrücklich unter Beweis gestellt. In solchen Ausnahmezeiten ist schnelles Handeln gefragt, wie es die Sparkassen im Frühjahr ja praktiziert haben. Unsere Häuser haben Kunden in Not mit individuellen Lösungen zum Beispiel durch die Stundung von Kreditraten unter die Arme gegriffen – und das in der Regel noch, bevor das gesetzliche Moratorium gegriffen hat.

Eine Lehre aus dieser Krise ist für mich, dass wir bei den notleidenden Risikopositionen mehr Flexibilität brauchen. Der Hessische Finanzminister sieht das genauso. Er hat einen Schwellenwert vorgeschlagen, bis zu dem Institute notleidende Kredite halten dürfen. Ich finde das einen praktikablen Weg. Denn dadurch behalten die Sparkassen die Möglichkeit wirtschaftlich sinnvolle, mittelfristige Sanierungen zu begleiten und ihren Kunden zur Seite zu stehen.

Coronabedingte Erleichterungen bei Regulierung helfen

Es ist in jedem Fall zu begrüßen, dass die EU-Gesetzgeber und Aufsichtsbehörden der europäischen Kreditwirtschaft wegen der Corona-Pandemie zahlreiche Erleichterungen im aufsichtsrechtlichen Rahmenwerk und vor allem auch in der Verwaltungspraxis bewilligt haben. Hilfreich war auch die Verabschiedung des CRR-Quick-Fix, der zwar vor allem den großen Instituten zugutekommt. Aber auch die Sparkassen profitieren davon. So wurde der im Bankenpaket verankerte Mittelstandsfaktor vorgezogen. Kredite an kleine und mittelgroße Unternehmen müssen nun mit weniger Eigenkapital unterlegt werden.

Positiv wirkt sich grundsätzlich auch der Unterstützungsfaktor für Infrastrukturmaßnahmen aus, der ebenfalls das Kapital entlastet. Ob dieser Faktor in der Realität aber tatsächlich häufig Anwendung findet, muss sich erst noch weisen. In guter bürokratischer Tradition wurde hier nämlich eine ellenlange Liste mit Prüfkriterien entwickelt, die es abzuarbeiten gilt. Echte Entlastung bietet dagegen der antizyklische Kapitalpuffer. Er wurde in Deutschland wieder auf 0% zurückgesetzt. Verschoben wurde zudem die Finalisierung von Basel III. Sie soll – ein Jahr später als geplant – am 1. Januar 2023 kommen.

Meldewesen á la Petersburger Hängung: möglichst viel und dicht

Wenig Erleichterung ist allerdings in dem Bereich zu spüren, der besonders die kleineren Institute plagt: dem Meldewesen. Hier scheint weiter das Ordnungsprinzip der Petersburger Hängung zu gelten: möglichst viel und dicht. Es kommen immer wieder neue Meldeanforderungen und administrative Belastungen hinzu, zuletzt das Covid-19-Meldewesen. Es ist verständlich, dass die Aufsicht zeitnah über die Lage bei bestimmten Engagements in der Corona-Krise informiert werden möchte. Für die Institute entsteht dadurch aber wieder zusätzlicher und unvorhergesehener Aufwand, der zum Glück – hoffentlich – zeitlich befristet ist.

Ein weiteres Beispiel ist das Meldewesen für Wohnimmobilienfinanzierungen. Die „Verordnung zur Durchführung von Datenerhebungen durch die Deutsche Bundesbank zu Erfüllung der Aufgaben nach dem Finanzstabilisierungsgesetz“ ist gerade im Bundesanzeiger veröffentlicht worden. Da ist der Titel Programm: Es entsteht ein riesiges Datenmonster. Warum man ausgerechnet in einer Zeit, in der die Krisenbewältigung absolute Priorität haben sollte, die Kreditwirtschaft mit neuer Bürokratie belasten muss, ist mir ein Rätsel.

Der Meldeaufwand muss runter!

Mit dem Bankenpaket hat die Europäische Bankenaufsicht EBA den Auftrag erhalten, den Meldeaufwand vor allem für kleine und nicht komplexe Institute um 10 bis 20% zu senken. Die EBA nimmt diesen Auftrag auch ernst. Sie hat als ersten Schritt eine Kostenstudie zum Meldeaufwand initiiert, an der auch Sparkassen teilgenommen haben. Welche Schlussfolgerungen die EBA daraus ziehen wird, bleibt abzuwarten. Aus unserer Sicht hilft letztendlich nur eines: Der Meldeaufwand muss deutlich reduziert werden.

Deshalb begrüßen wir es, dass sich die Aufsicht verstärkt mit der Einführung eines sogenannten granularen Meldewesens beschäftigt. Die BaFin hat dazu schon im letzten Jahr eine Machbarkeitsstudie in die Wege geleitet. Und vor ein paar Wochen hat auch die Bank for International Settlements in Basel angekündigt, eine Plattform zu entwickeln, auf

der die Banken künftig nur noch die Rohdaten einliefern müssen. Die Aufsicht stellt sich dann daraus selbst die benötigten Meldeberichte zusammen. Das würde die Sparkassen und natürlich auch die anderen Banken perspektivisch wesentlich entlasten, auch wenn es erhebliche Investitionen der Kreditwirtschaft erforderlich machen würde.

Corona treibt Digitalisierung – auch bei den Sparkassen

Ein weiteres anspruchsvolles Thema für die Sparkassen ist der Trend zur Digitalisierung. Er ist durch die Corona-Pandemie noch einmal deutlich verstärkt worden. Das betrifft zum einen den Zahlungsverkehr. Die Sparkassen stellen ihren Kunden einen breiten Fächer an bargeldlosen Bezahlungsmöglichkeiten zur Verfügung, die in der Pandemie noch intensiver als sonst genutzt werden.

Zum anderen ist der digitale Trend aber auch beim Online-Banking bzw. der Filialnutzung zu spüren. So mancher Kunde, der früher mit dem Überweisungsbeleg in die Filiale gekommen ist, hat sich bereits in der ersten Corona-Welle für das Online-Banking registrieren lassen. Sparkassen berichten uns, dass sich die Zahl der Anträge auf Online-Banking zeitweise mehr als verdreifacht hat. Andere, die bereits vorher freigeschaltet waren, davon aber wenig Gebrauch gemacht hatten, haben in dieser Zeit die Vorteile der Internet-Filiale und der Sparkassen-App schätzen gelernt und nutzen sie jetzt konsequent weiter.

Für viele Internet-Anwendungen hat sich Corona als unerwarteter Stresstest unter Echtbedingungen erwiesen. So manche Plattform ist durch den Benutzeransturm zumindest zeitweise in die Knie gegangen. Das war bei der Sparkassenorganisation zum Glück nicht der Fall, obwohl sich auch bei uns die Traglast im Zahlungsverkehr und im Online-Banking deutlich erhöht hat. Wir haben in der Krise geliefert. Wir waren zu jedem Zeitpunkt leistungsfähig. Es hat sich bewährt, dass wir in den vergangenen Jahren konsequent in unsere digitale Infrastruktur investiert haben. Das werden wir auch künftig tun. Das kostet viel Geld. Aber es zahlt sich aus.

Corona hat auch in der Beratung zu einem Digitalisierungsschub geführt und das veränderte Nutzerverhalten weiter forciert. Viele Kunden haben gemerkt, dass sie auch jenseits der Filiale schnell und komfortabel Kontakt zur Sparkasse aufnehmen können. Sie haben erlebt, dass auch per Telefon, Video oder Chat eine persönliche Beratung möglich ist. Diese Erfahrung wird nicht ohne Folgen bleiben. Dieses Rad wird auch nach der Pandemie nicht mehr völlig zurückgedreht werden.

Filiale bleibt Anker der Multikanalstrategie

Diese Entwicklung bedeutet aber nicht das Aus für die klassische Filiale. Das liegt zum einen an der Erwartungshaltung unserer Kunden: Denn die möchten die Filialen behalten, auch

wenn sie sie immer seltener nutzen. Zum anderen ist die Filiale der Anker unserer Multikanalstrategie. Sie grenzt uns von den Online- und Neobanken ab und symbolisiert unsere regionale Verwurzelung: Sie zeigt, dass wir für unsere Kunden vor Ort da sind – gerade auch in einer Großkrise, wie wir sie derzeit erleben.

Viele Institute beschäftigen sich derzeit mit der Frage, wie sie ihre Präsenz in der Fläche mit der sinkenden Kundenfrequenz in ihren Filialen in Einklang bringen können. Einige gehen zusammen mit Volksbanken neue Wege. Diese reichen von der gemeinsamen Nutzung von Geldautomaten bis zum weitergehenden Konzept der Finanz-Punkte, das von der Taunus-Sparkasse und der Frankfurter Volksbank entwickelt wurde. Dabei werden mehrere Filialen gemeinschaftlich betrieben und in abwechselnder Besetzung unter einem Dach Bankdienstleistungen und Beratung angeboten.

Ich finde solche Kooperationen gut. Denn natürlich bleiben Sparkasse und Volksbank bei aller Zusammenarbeit Wettbewerber. Die gemeinsame Infrastruktur kann gleichzeitig einen Beitrag dazu leisten, Kosten zu sparen und die Präsenz der Institute für ihre Kunden vor Ort zu sichern.

Sparkassen als Prototyp nachhaltiger Unternehmen

Ein Themenkomplex, der uns im vergangenen Jahr ebenfalls stark beschäftigt hat, war die Nachhaltigkeit. Das war für uns schon immer ein Thema. Schließlich stellen Sparkassen mit ihrem öffentlichen und auf die Region bezogenen Auftrag traditionell den Prototyp nachhaltiger Unternehmen dar. Inzwischen hat das Thema aber nicht zuletzt durch den stärkeren Fokus auf den ökologischen Aspekt noch einmal deutlich an Breite und Tiefe gewonnen.

Erstens will die EU mit dem European Green Deal und einem Aktionsplan bis 2050 klimaneutral werden. Um dieses Ziel zu erreichen, soll die Wirtschaft entsprechend umgebaut werden. Der Finanzindustrie kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Sie soll verstärkt private Geldströme in nachhaltige Investitionen lenken, und zwar in die Teilbereiche Umwelt, Soziales und Unternehmensführung.

Zweitens misst auch die Aufsicht dem Thema immer größere Bedeutung zu. Sie sieht insbesondere in Klimarisiken Gefahren für die Stabilität der Finanzmärkte und dringt darauf, dass die Institute sie in ihr Risikomanagement integrieren. Und drittens erwarten viele Kunden – und es sind nicht nur die jungen – von den Sparkassen als öffentlich-rechtlichen Instituten gerade auch beim Einsatz für den Umwelt- und Klimaschutz ein besonderes Engagement. Sie wollen, dass die Institute einen ressourcenschonenden Geschäftsbetrieb

führen, verantwortungsvoll investieren und ihre Kundschaft auf dem Weg zum klimaneutralen Wirtschaften begleiten und unterstützen.

Zielbild und Selbstverpflichtung

Wir gehen das Thema Nachhaltigkeit daher noch aktiver an und haben es bei uns auch schon auf die Schiene gesetzt. Der DSGVO und die Regionalverbände haben sich mit dem strategischen Zielbild 2025 zur Nachhaltigkeit in Sparkassen auf ein gemeinsames Grundverständnis geeinigt. Dieses Zielbild geht von Sparkassen aus, die in ihrem eigenen Geschäftsbetrieb mit den natürlichen Ressourcen sorgsam umgehen und das auch in ihrem Kreditgeschäft und bei ihrer Vermögensanlage berücksichtigen. Gleichzeitig haben wir in der Verbundstrategie der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen diese Zielvorstellungen weiter konkretisiert.

Für die Öffentlichkeit haben die deutschen Sparkassen ihr Engagement mit der Selbstverpflichtung auf die Ziele des Pariser Klimaabkommens deutlich gemacht. Viele Sparkassen haben diese Selbstverpflichtung bereits unterschrieben. In Hessen und Thüringen sind es bereits mehr als die Hälfte. Sie verpflichten sich dabei, weniger CO₂ auszustößen und nachhaltiger zu wirtschaften und auch ihre Kundschaft bei diesem Ziel zu unterstützen. Wer die freiwillige Selbstverpflichtung unterzeichnet, bekennt sich zu dem Ziel, bis spätestens 2035 den eigenen Geschäftsbetrieb CO₂-neutral zu gestalten und unvermeidbare Restemissionen zu kompensieren. Die Häuser, die bislang noch nicht gezeichnet haben, möchten erst eine Bestandsaufnahme machen. Sie gehen von einem späteren Zeichnungstermin aus. Das zeigt, dass die Sparkassen die Selbstverpflichtung und die damit verbundenen Ziele sehr ernst nehmen.

Auch auf der Produktseite sind unsere Institute für den Nachhaltigkeitstrend gerüstet. In ihrem Kerngeschäft, den Krediten, hat sich im Bereich Nachhaltigkeit das Neugeschäftsvolumen bei den Förderfinanzierungen 2020 auf knapp 600 Mio. Euro erhöht und so im Vergleich zum Vorjahr nahezu verdoppelt.

Im Anlagebereich stellen uns Verbundpartner wie die Landesbank Hessen-Thüringen und die DekaBank immer mehr entsprechende Produkte bereit, die die Sparkassen ihrer Kundschaft anbieten können. Schon heute fragen etliche unserer Institute in der Anlageberatung regelmäßig aktiv nach, ob die Kunden Interesse an nachhaltigen Wertpapieren haben. Ab dem 1. Mai 2021 werden das alle Sparkassen bei uns machen. Damit nimmt die Sparkassenorganisation eine Vorreiterfunktion ein. Denn die regulatorische Pflicht zu einer solchen Abfrage wird wohl erst im kommenden Jahr in Kraft treten.

Sparkassen begleiten Unternehmen auf Weg in Richtung Nachhaltigkeit

Die Sparkassen stellen sich dem Thema Nachhaltigkeit also aktiv. Das geht einigen Kritikern nicht schnell und intensiv genug. Man kann über Tempo und Tiefe sicherlich diskutieren. Mich stört allerdings, dass sich diese Kritik oft an einem idealisierten Zielbild ausrichtet, das der realwirtschaftlichen Verantwortung der Sparkassen nicht gerecht wird. Unser Anspruch ist es, in der Region für alle da zu sein. Und deshalb handeln wir bei der Nachhaltigkeit nicht nach der Aschenputtel-Devise: „Die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen“. Vielmehr sehen wir es als unsere entscheidende Aufgabe an, alle unsere Kunden bei der Transformation und bei ihrem Weg in Richtung Nachhaltigkeit zu begleiten und zu unterstützen.

IV. Fazit

Damit komme ich zum Schluss. 2020 war ein ungewöhnliches Jahr, ein hartes Jahr für uns alle. Unsere Sparkassen haben sich aber durchgebissen und sich während der Corona-Pandemie als systemrelevant im besten Sinne erwiesen. Sie haben einmal mehr unter Beweis gestellt, dass sie in einer volkswirtschaftlichen Krise als automatische Stabilisatoren wirken. Denn sie waren in dieser Ausnahmesituation jederzeit für ihre Kunden da und haben sie zuverlässig und stabil mit Bargeld und anderen Bezahlungsmöglichkeiten, vor allem aber auch mit Krediten und sonstigen finanzwirtschaftlichen Produkten und Dienstleistungen versorgt. Unsere Kunden wissen, dass sie sich auf uns verlassen können. Dieses Wissen schafft Vertrauen und ist wiederum eine zentrale Erklärung für unser sehr gutes Kundengeschäft.

Was die Ertragslage anbelangt, sind wir bislang gut durch die Corona-Pandemie gekommen. Unsere Sparkassen haben 2020 ihre Eigenmittel weiter ausgebaut, ihre Vorsorgereserven dotiert und ihre Risikovorsorge im Kreditgeschäft deutlich aufgestockt. Unsere Institute sind wetterfest und werden die Pandemie samt Folgen überstehen, selbst wenn diese noch länger als gedacht anhalten sollte.